

DIE ZEIT

28.4.2008 - 11:29 [<http://www.zeit.de/online/2008/18/schwarz-gruen-zion>]

Schwarz-Grün

Grün ist die Hoffnung – der CDU

Die Hamburger Koalition mit den Grünen ist für die Union ein wichtiger Schritt ihrer Modernisierung. Um später umso stärker neoliberal regieren zu können. Ein Gastkommentar

Von Robert Zion

Geschafft! Nachdem die Basis der Hamburger Grün-Alternative Liste (GAL) dem Koalitionsvertrag mit der CDU zugestimmt hat, dürfte ein Aufatmen durch das Konrad-Adenauer-Haus gegangen sein. Denn eines darf Angela Merkel und ihrer Union im gegenwärtigen Umbruch der Volksparteien keineswegs passieren: ein ähnliches Desaster wie der SPD nach Schröder, also Abspaltung (Die Linke), Verlust einer Integrationsfigur (Lafontaine), machtpolitische Marginalisierung. Schwarz-Grün ist ein zentraler Baustein für die CDU, wenn sie in ihrem Modernisierungsprozess ihre Machtchancen behalten will.

Nichts wäre für die CDU gefährlicher gewesen, als wenn sie 2005 mit der FDP tatsächlich die Mehrheit gewonnen und durchregiert hätte, mit Kirchhoffscher Steuerpolitik, marktliberalem Credo, Law and Order und dem Anspruch einer neuen militärischen Mittelmacht im globalen Poker um die Markt- und Rohstoffzugänge. Nicht nur ein Heiner Geißler wäre gegangen und vielleicht nicht nur zu Attac, der christliche Arbeitnehmerflügel hätte wie wild um sich geschlagen, der außenpolitische Glanz, der einer Kanzlerschaft eigen ist, hätte sich in den finalen Jahren des Niedergangs des US-Neokonservatismus wohl rasch eingetrübt.

Doch es ist ja anders gekommen. Schwarz-Grün, so stellte der grüne Umweltsenator Reinhard Loske aus Bremen fest, ist ein „Medienhype“ geworden. Während in Berlin die Mehrheits- und Machtfrage großkoalitionär stillgestellt ist, geben sich die Konservativen einen modernen grünen Anstrich. Die Ingredienzien dieses Farbanstrichs, ja die Farbe selbst sind dabei zweitrangig. Was zählt, ist die Wirkung. Denn nichts braucht Angela Merkel für ihre Union dringender als den Eindruck der Modernität, als eine große Erzählung von moralischer Verantwortung und Sinn.

Während die Mittelschicht, Träger einer krisenhaft gewordenen parlamentarischen Demokratie, zerbröckelt und die soziale Auseinanderdrift zunimmt, spricht der Berliner CDU-Chef Friedbert Pflüger daher auch unentwegt vom sonnigen „Jamaika“, von der „Wiedervereinigung des

Bürgertums“, von der „Versöhnung von Ökologie und Ökonomie“. Gerne wird von ihm und der Union den Grünen alles Ökologische und Soziale in der Hamburger Koalition zugerechnet, völlig unabhängig davon, ob die GAL es durchgesetzt hat oder ob es ihnen von Ole von Beust hinterhergetragen wurde; ob es einen echten Fortschritt darstellt oder ob es nur so wirken soll.

Die bösen Sachen (Elbvertiefung, Studiengebühren, Abschiebungen) sind alle schwarz, und die guten Sachen (Sozialticket, Straßenbahn, längeres gemeinsames Lernen) sind alle grün. Sogar aus der CDU-Perspektive stellt sich das so dar, soll sich das so darstellen: Das Gute an von Beust ist nicht das Schwarze, sondern das Grüne.

Und was nicht passt, das wird halt passend gemacht. Im Hamburger Koalitionsvertrag finden sich dann auch geradezu groteske Sätze wieder: „Ausländische Straftäter, gewaltbereite Islamistinnen und Islamisten und terrorverdächtige Gefährderinnen und Gefährder werden auch weiterhin konsequent abgeschoben“ – der "Krieg gegen den Terror" geschlechtergerecht „gegendert“. „Ergänzungskoalition“ lautet die offizielle grüne Sprachregelung hierfür.

Aber die wirkliche Ergänzungskoalition, das ist auf Bundesebene die Große Koalition. Der große Kompromiss, den sie darstellt, gegenwärtig noch konjunkturell gestützt, ein solcher wäre mit den Grünen nicht zu machen. In dem Augenblick, in dem die SPD nicht mehr regiert, wird es rundgehen in Deutschland, dann steht die Lager- und Machtfrage wieder dauernd auf der Tagesordnung.

Denn die Grünen repräsentieren nicht das soziale Gegenanliegen zur CDU, sie sind machtpolitisch und von ihrer Klientel her überhaupt nicht in der Lage, mitzuhelfen, soziale Konflikte stillzulegen. Die Union wildert noch so lange im linken Lager, dem gegenwärtig ein gemeinsames Projekt fehlt, bis sie modern und attraktiv genug wirkt, um neu legitimiert, machtpolitisch endlich durchsetzungsfähig und dann selbstverständlich gemeinsam mit der FDP den globalen Raubtierkapitalismus endgültig auf die Bundesrepublik loszulassen.

Und die Grünen selbst? Für sie ist, wie der überzeugte rot-grüne Joschka Fischer vergangene Woche in seine Kolumne auf ZEIT online warnte, die Fallhöhe enorm hoch. Es könnte eine brutale Landung werden – ohne Helm, ohne Gurt und ohne Fallschirm.

Robert Zion ist Grünen-Politiker in NRW

ZEIT online